

Mehr Globalisierung, weniger Wohlfahrtsstaat?

Abstract: There are basically three stories about the globalisation-welfare state nexus. The first story argues that globalisation is the cause of the chronic crisis of the welfare state (globalization theory). The second maintains that whatever the cause of the welfare state crisis, globalisation is not part of it (globalization sceptics). The third story holds that globalisation, far from causing the welfare state's troubles, is a consequence of these troubles and part of their solution (revisionism). The paper reviews each of these stories and traces their intellectual origins.

Key Words: globalization, welfare state, macroeconomic policy, social policy, taxation, unemployment, inflation

1. Die Sorgen der neunziger Jahre

Die Globalisierung war die westeuropäische Krise der neunziger Jahre. Die rote Gefahr hatte sich mit der Implosion des Ostblocks selbst erledigt. Die Aufmerksamkeit wandte sich den Gefahren zu, die vom siegreichen Kapitalismus selbst ausgingen und fand dabei in der zunehmenden Internationalisierung der Wirtschaft einen besonderen Grund zur Sorge. Vormalig getrennte nationale Märkte wuchsen zusammen und brachten dadurch, so wurde befürchtet, die Machtbalance zwischen Wirtschaft und Politik durcheinander. Der Staat ist schließlich „eine lokale Größe“¹. Musste seine Fähigkeit, den Markt zu kontrollieren, nicht im selben Maße abnehmen, indem die Märkte seine lokalen Begrenzungen hinter sich ließen? Natürlich bliebe ihm unbenommen, steuernd, umverteilend und regulierend in das globale

Philipp Genschel, Jacobs University Bremen, Campus Ring 1, Postfach 750 261, D-28725 Bremen. p.genschel@jacobs-university.de

Henning Deters, Universität Bremen, Sonderforschungsbereich 597 „Staatlichkeit im Wandel“, Postfach 330 440, D-28334 Bremen. henning.deters@sfb597.uni-bremen.de

Marktgesehen einzugreifen. Aber würde er damit nicht lediglich bewirken, dass mobile Marktkräfte – Human-, Finanz- und Realkapital – sich durch Abwanderung entziehen? Das wäre der GAU. Nur eines ist schließlich schlimmer „als von Kapitalinteressen ausgebeutet zu werden: nämlich von ihnen nicht ausgebeutet zu werden“.²

Die Globalisierung der Märkte schien den Regierungen keine Wahl zu lassen, als Politik für die Märkte zu machen: „Gute Regierung“ wurde zum Synonym für „marktfreundliche Regierung“.³ Die Parteiendemokratie drohte leerzulaufen, weil die Globalisierung keinen Raum für linke Wirtschaftspolitik mehr ließ.⁴ Der korporatistische Unterbau des Wohlfahrtsstaates drohte unterspült zu werden, weil das (mobile) Kapital, dank seiner neuen internationalen Exit-Optionen keine staatliche Hilfestellung mehr brauchte, um die (immobilen) Arbeit zu Lohnzurückhaltung und Disziplin zu bewegen.⁵ Der Wohlfahrtsstaat selbst schien vor dem Aus zu stehen, obwohl er sich in der Bevölkerung ungebrochener Unterstützung erfreute.⁶ Nur ein „Residualstaat“⁷ würde übrig bleiben, welcher der „Gier des Marktes“⁸ nichts mehr entgegenzusetzen hat.

Die Rezession Anfang der neunziger Jahre schien all diese Befürchtungen voll zu bestätigen. Wie viel besser war es da doch in den sechziger und frühen siebziger Jahren! „Die Nationalstaaten in den hochentwickelten Industrieländern [hatten] ihre nationale Ökonomie noch unter Kontrolle“. Waren- und Finanzmärkte „waren national begrenzt und konnten deshalb auch von der nationalstaatlichen Politik wirksam beeinflusst werden“.⁹ „Die staatlichen Gestaltungsmöglichkeiten“ entsprachen „den gesellschaftlichen Anforderungen und Erwartungen“.¹⁰

Zeitgenössische Sozialwissenschaftler freilich sahen diese Epoche in weniger rosigem Licht. Die Linken beobachteten „Strukturprobleme des kapitalistischen Staates“¹¹ und „Krisentendenzen im Spätkapitalismus“.¹² Die Rechten warnten vor „Unregierbarkeit“¹³ und „Überlastung des Staates“.¹⁴ Die Diagnose war bei allen begrifflichen Unterschieden dieselbe: Staatliche Gestaltungsmöglichkeiten und gesellschaftliche Anforderungen drifteten gefährlich auseinander. Die „Steuerkapazitäten des staatlichen Apparates sind prinzipiell zu knapp bemessen, als dass er die Last jener Erwartungen und Forderungen wirksam abarbeiten könnte“, die aus der Gesellschaft an ihn herangetragen werden.¹⁵

Schuld an diesem Missverhältnis war nach Ansicht der Krisentheoretiker der siebziger Jahre aber nicht der Weltmarkt, der den wohlfahrtsstaatlichen Handlungsspielraum von außen einschnürte. Schuld war der Wohlfahrtsstaat selbst, der systematisch Haltungen und Erwartungen züchtet, die seine Handlungsfähigkeit überfordern. Seine Steuerungs-, Umverteilungs- und Regulierungsleistungen entlasteten die Bürger davon, selbst planen, vorsorgen und Rücksicht nehmen zu müssen und schafften dadurch zusätzliche Steuerungs-, Umverteilungs- und Regu-

lierungsanforderungen. „Die Agenturen des Wohlfahrtsstaates erzeugen mithin über paradoxe Funktionen die Probleme, mit deren Beseitigung sie sich manifest beschäftigen“.¹⁶ Immer höhere Interventionsdosen müssten eingesetzt werden, um überhaupt noch einen Effekt zu erzielen. Das könne langfristig nicht gut gehen, ohne die finanziellen, planerischen, legitimatorischen und motivationalen Reserven des Staates zu erschöpfen.

Im Gegensatz zur Globalisierungsidee erfasste die Vorstellung einer immanenten Systemkrise des Wohlfahrtsstaates nie die breite Masse der Bevölkerung. Ihr fehlte in den 1960er Jahren schlicht der empirische Kredit.¹⁷ Die Wirtschaft wuchs, die Arbeitslosigkeit war niedrig und die Generosität der sozialen Sicherungssysteme nahm stetig zu, ohne die Staatsfinanzen in erkennbare Unordnung zu stürzen. Wenn es in der öffentlichen Wahrnehmung ein Problem gab, so bestand es darin, dass der wohlfahrtsstaatliche Expansionsprozess nicht schnell genug voranschritt, dass er immer noch gesellschaftliche Bereiche aussparte, die wohlfahrtsstaatlicher Modernisierung dringend bedurften: Noch ein Schornstein über der Ruhr, der gesäubert, noch ein Kind vom Land, das zur höheren Schule gebracht, noch eine bisher übersehene öffentliche Aufgabe, die erledigt werden musste: „Fast jede der überkommenen Institutionen erschien reformbedürftig“.¹⁸

Auch als der Wohlfahrtsstaat im Gefolge des ersten Ölpreisschocks Mitte der siebziger Jahre tatsächlich in Schwierigkeiten geriet, machte das die linken und rechten Krisentheorien nicht populärer.¹⁹ Die Ursache der Schwierigkeiten lag schließlich nicht im Wohlfahrtsstaat selbst, sondern in dessen internationaler Umwelt. Der nach Gefahrenquellen suchende Blick wurde nach außen gelenkt und bereitete damit die Wahrnehmung einer globalisierungsbedingten Verwüstung des Wohlfahrtsstaats vor, die schließlich als Globalisierungsangst zum allgemeinen Krisengefühl wurde.

2. Drei Globalisierungsperspektiven

Die Politikwissenschaft hat in den neunziger Jahren eine breite Debatte über die Ursachen und Folgen der Globalisierung geführt. Dabei haben sich drei grundsätzliche Positionen herausgeschält, die im Folgenden dargestellt und verglichen werden sollen. Die *Globalisierungstheorie* hält die öffentliche Globalisierungsfurcht für prinzipiell berechtigt und versucht dies systematisch zu begründen. Sie bestätigt, dass die Internationalisierung der Wirtschaft tatsächlich „eine grundlegende Wende im Verhältnis zur kapitalistischen Ökonomie“²⁰ bedeutet und den Fortbestand des Wohlfahrtsstaates in seiner gegebenen Form in Frage stellt. Der globale Markt setze die Regierungen unter Konkurrenzdruck und zwingt sie zu marktkonformem

Verhalten. „Der Preis für das Überleben des Nationalstaats in einer internationalen Marktwirtschaft ist die Unterordnung seiner Sozialstaatlichkeit unter das Ziel internationaler Wettbewerbsfähigkeit.“²¹ Kostspielige Politiken müssten abgebaut werden. Eine internationale Konvergenz um minimale „konkurrenzstaatliche“ Lösungen sei die Folge.²²

Als Rationalisierung der allgemeinen Sorgen stieß die globalisierungstheoretische Position vor allem in den ersten Jahren der Debatte auf breite öffentliche Resonanz. Gleichwohl traf sie ab der Mitte der neunziger Jahre auf den Widerspruch der *globalisierungsskeptischen Position*, die die allgemeine Globalisierungsangst für unbegründet erklärte. Empirisch betrachtet, sei der Wohlfahrtsstaat nicht nennenswert geschrumpft, und auch die behauptete institutionelle Konvergenz sei ausgeblieben. Auch aus theoretischer Sicht werde der ursächliche Einfluss der Globalisierung überschätzt. Die Internationalisierung der Märkte wirke sich weit schwächer auf die nationalen Wohlfahrtsinstitutionen aus, als vielfach behauptet: „[T]here remains a leftist alternative to free market capitalism in the era of global markets based on classic ‚big government‘ and corporatist principles.“²³

Freilich, auch die Globalisierungsskeptiker konnten nicht behaupten, dass sich nichts geändert habe. Der Wohlfahrtsstaat stand ja tatsächlich seit den achtziger Jahren unter massivem Reformdruck. Die finanziellen Lasten wuchsen unbestreitbar und fast alle Regierungen setzten Konsolidierungs- und Restrukturierungsmaßnahmen ganz oben auf ihre Agenda.²⁴ Wenn daran nicht die Globalisierung schuld war, was dann? Seit Beginn dieser Dekade behauptet eine *revisionistische* Perspektive, dass die meisten Schwierigkeiten der westeuropäischen Wohlfahrtsstaaten hausgemacht sind. Die Globalisierung ist demnach nicht Ursache, sondern Folge dieser Schwierigkeiten. Der „angebliche ‚Terror der Ökonomie‘“ ist, so wird versichert, nicht das Problem, sondern der „Ausweg aus einer selbstgeschaffenen Sackgasse“.²⁵ Die Regierungen unterwürfen sich freiwillig der globalen Marktdisziplin, um die außer Kontrolle geratene Wohlfahrtsstaatsentwicklung wieder in den Griff zu bekommen. Der Kreis zu den Krisentheorien der siebziger Jahre schließt sich: Die Probleme des Wohlfahrtsstaates kommen nicht von außen, sondern aus ihm selbst heraus.

Ziel dieses Literaturreisblicks ist es, die wesentlichen Konfliktverläufe in der Globalisierungsdebatte nachzuzeichnen. Gestritten wurde vor allem an zwei Fronten. Zum einen ging es darum, wie weit der Prozess der Globalisierung schon fortgeschritten ist. Wie globalisiert ist die Wirtschaft tatsächlich (Abschnitt 3)? Zum anderen stand in Frage, ob und in welcher Hinsicht die Globalisierung den Wohlfahrtsstaat schädigt. Beschränkt sie seine Fähigkeit zu makroökonomischer Steuerung und sozialpolitischer Umverteilung? Die Antworten der drei Globalisierungsschulen werden vorgestellt und Widersprüche und Konflikte markiert (Abschnitte

4 und 5). Der letzte Abschnitt blickt auf die Globalisierungsdebatte zurück und resümiert Einsichten und Versäumnisse (Abschnitt 6).

3. Das Ausmaß der Globalisierung

Bevor man beurteilen kann, wie weit die Globalisierung gegangen ist, muss man zunächst definieren, was als Globalisierung verstanden werden soll. In dieser Frage zumindest herrscht Einigkeit. Es geht um den Prozess der „zunehmenden Ausdehnung und Intensität ökonomischer Austauschbeziehungen“.²⁶ Auch, dass dieser Prozess tatsächlich stattfindet, ist weitgehend unumstritten. Der Streit beginnt erst bei der Frage, wie weit er fortgeschritten ist und mit welchen politischen Folgen. Es liegt auf der Hand, dass die Globalisierungstheoretiker den Stand der Globalisierung dramatischer und folgenschwerer beurteilen – z.B. Held u. a., Neyer ²⁷ –, als die Skeptiker – z.B. Hirst u. Thompson²⁸ – dies tun. Aber selbst letztere nehmen zur Kenntnis, dass der Umfang der grenzüberschreitenden Transaktionen innerhalb der letzten Dekaden deutlich zugenommen hat (vgl. Abbildung 1). Gemessen am Brut-

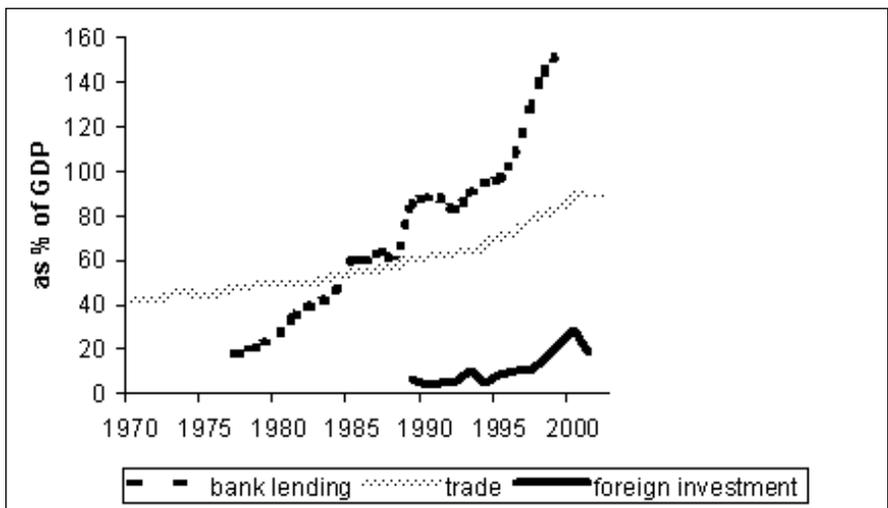


Abb. 1: Auslandsinvestitionen, Welthandel und Auslandsforderungen der Banken in 14 OECD-Ländern, 1970–2002. Ungewichtete Mittelwerte aus OECD Economic Outlook, OECD Main Economic Indicators, und BIS Quarterly Review. Auslandsinvestitionen sind Zu- und Abgänge ausländischer Direkt- und Portfolioinvestitionen. Handel bezieht sich auf die Summe von Exporten und Importen. Auslandsforderungen sind ausländisches Vermögen und Verbindlichkeiten von Banken. Das Ländersample enthält Österreich, Belgien, Kanada, Dänemark, Frankreich, Deutschland, Irland, Italien, Japan, Niederlande, Schweden, Schweiz, Großbritannien und die USA.

toinlandsprodukt haben sich der Güter- und Dienstleistungshandel seit den 1970er Jahren mehr als verdoppelt und die Auslandsforderungen von Banken mehr als verachtfacht. Allein während der 1990er Jahre ist auch das Volumen ausländischer Direktinvestitionen um das Vierfache gestiegen.

Die Globalisierungsskeptiker bestreiten die hohen Wachstumsraten von Welt-handel, Direktinvestitionen und Finanztransaktionen nicht. Sie meinen aber trotzdem, dass sich für den Nationalstaat nur wenig geändert hat. Rund 80 Prozent aller Güter und Dienstleistungen würden nach wie vor im Inland produziert und konsumiert.²⁹ Rund 90 Prozent aller Produktionsstätten seien immer noch in nationalem Besitz und selbst auf dem Kapitalmarkt spielten nationale Grenzen weiterhin eine Rolle. Das Bruttovolumen der internationalen Finanztransaktionen habe zwar zugenommen. Die Netto-Kapitalflüsse seien aber kaum gewachsen. Trotz allem grenzüberschreitenden Hin- und Hergeschiebe, das die Statistiken anschwellen lasse, bleibe das Kapital am Ende da, wo es herkomme.^{30 31}

Auch in historischer Perspektive sei das gegenwärtige Ausmaß grenzüberschreitender Wirtschaftstätigkeit nicht ohne Vorbild.³² In „vielerlei Hinsicht war die Weltwirtschaft auf dem Höhepunkt des Goldstandards [...] möglicherweise stärker integriert als heute“³³: Der internationale Handel wuchs mit ähnlich hohen Zuwachsraten; der Anteil der international gehandelten Güter an der Gesamtproduktion war ähnlich groß; die Reglementierung des Kapitalverkehrs war ähnlich gering; die Netto-Kapitalbewegungen waren deutlich höher.³⁴

Freilich, durch diese Behauptung allein wird die globalisierungstheoretische Sorge um die staatliche Handlungsfähigkeit nicht gegenstandslos. Möglicherweise brauchte der Staat vor hundert Jahren einfach weniger Autonomie, um handlungsfähig zu bleiben, weil sein Aufgabenspektrum begrenzter war. Bis zum Ersten Weltkrieg beschränkte sich die Rolle des Staates in der Wirtschaft im Wesentlichen darauf, die ordnungs- und infrastrukturpolitischen Voraussetzungen der nationalen Verkehrswirtschaft zu garantieren:³⁵ Handelsfreiheit, Rechtssicherheit und stabiles Geld, Häfen, Eisenbahnen, Post und Telegraphie. Dies änderte sich erst, als mit der großen Depression Anfang der dreißiger Jahre die ideologische Hegemonie des Laisser-faire-Gedankens endgültig zerbrach.³⁶ Das Krisenerlebnis untergrub quer durch das politische Spektrum das Vertrauen in die Selbstregulierungskräfte der Marktwirtschaft. Dafür wurde der Staat in die Pflicht genommen. Er sollte nicht mehr nur die institutionellen und materiellen Voraussetzungen des Marktes garantieren, sondern darüber hinaus auch dessen reibungslose und sozialverträgliche Operation sicherstellen. Die neue Regel hieß: „Wer Markt wollte, musste auch Staat sagen – und zwar sowohl Planungs- als auch Sozialstaat.“³⁷ Nach dem Zweiten Weltkrieg bauten alle entwickelten Industriestaaten ihre Planungs- und Sozialversicherungskapazitäten gewaltig aus. Die Wirtschaftsentwicklung sollte politisch

kontrollierbar und unliebsame Marktergebnisse nachträglich korrigierbar werden. Aktive *makroökonomische Steuerung* und *sozialpolitische Umverteilung* wurden zum staatlichen Kerngeschäft. In der Wortschöpfung „Keynesianischer Wohlfahrtsstaat“ kam dies plastisch zum Ausdruck.³⁸ Das Steuerungsziel – ein gleichbleibend hohes Niveau von Wachstum und Beschäftigung – sollte vor allem durch eine aktive, antizyklische Geld- und Finanzpolitik erreicht werden. Das Umverteilungsziel – die Versicherung aller Bürger gegen individuelle Lebensrisiken wie Alter, Krankheit, Arbeitslosigkeit und Armut – wurde durch progressive Steuer- und Abgabensysteme auf der Einnahmen- und umfangreiche Sozialtransfers und öffentliche Dienstleistungsprogramme auf der Ausgabenseite des Staatshaushaltes operationalisiert.

Der moderne Wohlfahrtsstaat spielt eine viel größere Rolle in der Wirtschaft und ist umgekehrt weit stärker von der wirtschaftlichen Entwicklung abhängig als sein Vorläufer an der Schwelle zum 20. Jahrhundert, der bürgerlich-liberale „Nachwächterstaat“. Ob die Wirtschaft vor hundert Jahren schon einmal stärker integriert war, ist deshalb allenfalls von historischem Interesse. Die politisch entscheidende Frage ist, ob der real existierende Wohlfahrtsstaat unter den gegebenen Bedingungen wirtschaftlicher Internationalisierung seinen Steuerungs- und Umverteilungsverpflichtungen noch gerecht werden kann.³⁹ Die Globalisierungstheoretiker verneinen dies. Sie halten Globalisierung und Wohlfahrtsstaat für grundsätzlich unvereinbar. Der Staat könne den Markt nur kontrollieren, solange er selbst vor Marktkonkurrenz abgeschirmt sei. Die Globalisierungsskeptiker bestreiten dagegen, dass die Globalisierung negative Auswirkungen auf den Wohlfahrtsstaat hat. Sie sehen weder empirische Belege für eine Reduzierung des wohlfahrtsstaatlichen Aktivitätsniveaus, noch theoretische Gründe, warum der Erfolg nationaler Steuerungs- und Umverteilungspolitiken die Abschirmung der nationalen Ökonomie voraussetzen sollte. Revisionistische Autoren schließlich glauben, dass der Wohlfahrtsstaat selbst die Wirtschafts- und Finanzkrisen erzeuge, an denen er leide. Die Globalisierung habe an ihnen nicht nur keinen Anteil, sondern wirke sogar dämpfend auf sie.

Die folgenden beiden Abschnitte stellen dar, wie die Globalisierung nach Ansicht der drei Globalisierungsschulen auf die beiden zentralen Verantwortungsbereiche des Wohlfahrtsstaates gewirkt hat, nämlich die makroökonomische Stabilisierung einerseits (4) und die sozialpolitische Umverteilung andererseits (5).

4. Globalisierung und makroökonomische Steuerung

Die Globalisierungstheoretiker fürchten, dass die Globalisierung eine aktive makroökonomische Steuerungs politik unmöglich macht. Die Öffnung der Grenzen für Waren, Dienstleistungen und vor allem Kapital erschwere den Einsatz der zentralen

fiskal- und geldpolitischen Steuerungsinstrumente. Konjunktur-Dellen könnten nicht mehr wie früher durch eine Kombination defizitfinanzierter Mehrausgaben und Leitzinssenkungen ausgebügelt werden.

Warum können die Leitzinsen nicht mehr konjunkturpolitisch genutzt werden? Weil die Globalisierung den Regierungen die „Zinssouveränität“⁴⁰ nimmt. Angesichts international integrierter Kapitalmärkte könne das nationale Zinsniveau nicht mehr dauerhaft unter die international üblichen Renditen gedrückt (bzw. über diese Renditen gehoben) werden. Falle der nationale Zins unter die internationale Norm, fließe solange Kapital ab, bis die Zinsdifferenz wieder ausgeglichen sei: Anleger verkaufen ihre auf inländische Währung lautenden Anlagen, decken sich mit höher rentierenden ausländischen Papieren ein und sorgen dadurch für den Zinsausgleich.⁴¹ Damit falle die Geldpolitik als Instrument der Nachfragesteuerung aus. Die Regierung könne die Kreditkosten nicht mehr autonom, nach Maßgabe binnenwirtschaftlicher Erfordernisse verbilligen.⁴² Die Last der Nachfrageexpansion müsse allein von der Fiskalpolitik getragen werden.

Aber auch eine expansive, defizitfinanzierte Fiskalpolitik werde durch die gewachsene Kapitalmobilität immer schwieriger. Erstens müssten die Regierungen, deren „Zinssouveränität“ verloren gegangen ist, ihre Schulden nunmehr zum international üblichen Zinsniveau finanzieren. Eine expansive Fiskalpolitik werde dadurch wenn nicht unmöglich, so doch erheblich teurer – insbesondere dann, wenn das internationale Zinsniveau hoch und ein Fiskalstimulus besonders dringlich sei.⁴³ Zweitens stärke die grenzüberschreitende Integration der Kapitalmärkte das Sanktionspotenzial der Kapitalbesitzer. Diese stünden der Defizitfinanzierung grundsätzlich skeptisch gegenüber, da sie in ihr einen Vorboten beschleunigter Inflation sähen. Solange der grenzüberschreitende Kapitalverkehr blockiert gewesen sei, habe die Politik auf diese Anlegersorgen keine Rücksicht nehmen müssen. Durch die Deregulierung des internationalen Kapitalverkehrs hätten die Kapitaleigner jedoch eine Exit-Option gewonnen. Durch ihre Abwanderungsdrohung könnten sie Regierungen mit hohen Budgetdefiziten zwingen, empfindliche Risikoaufläge zu zahlen.⁴⁴

Als Paradebeispiel für die makroökonomische Entmachtung des Nationalstaates gilt vielen Globalisierungstheoretikern die wirtschaftspolitische Kehrtwende Frankreichs am Anfang der achtziger Jahre. 1981 mit einer keynesianischen Expansionsstrategie angetreten, habe die sozialistische Regierung „schon im Sommer 1982 vor den Realitäten der internationalen Kapitalmärkte kapitulieren“ müssen.⁴⁵ Die konjunktur- und industriepolitischen Ambitionen gingen über Bord und wurden durch eine Politik des geld- und finanzpolitischen *rigueur* ersetzt. Selbst widerspenstige Sozialisten, so scheint es, haben der Disziplinierungsgewalt internationaler Märkte nichts mehr entgegenzusetzen.

Die Globalisierungsskeptiker wollen das nicht glauben. Die Neigung zu Defizit-finanzierter Finanzpolitik hat nach ihrer Einschätzung mit der Internationalisierung der Kapitalmärkte nicht ab-, sondern zugenommen.⁴⁶ Anders als die Globalisierungstheoretiker meinten, mache die Globalisierung die Defizit-Finanzierung nämlich nicht teurer, sondern billiger. Die Internationalisierung der Kapitalmärkte gebe den Regierungen Zugriff auf ein viel größeres Reservoir potenzieller Kapitalgeber. Diese könnten sich deshalb mit geringeren Verdrängungseffekten verschulden als auf ihren engen nationalen Märkten.⁴⁷ Außerdem drücke die Intensivierung der internationalen Konkurrenz auf die Kreditkosten. Risikoaufschläge seien am internationalen Markt kaum durchsetzbar. Selbst kleine und relativ verwundbare Länder wie Belgien oder Irland hätten sich deshalb massiv verschulden können, ohne durch nennenswerte Mehrkosten bestraft zu werden – von Argentinien ganz zu schweigen.⁴⁸

Auch der geldpolitische Handlungsspielraum hat nach globalisierungsskeptischer Ansicht seit den sechziger Jahren nicht wesentlich abgenommen. Die nationale Zinsautonomie mag unter Druck geraten sein, doch anders als die Globalisierungstheoretiker unterstellen, impliziere dies keineswegs eine Minderung der konjunkturpolitischen Brauchbarkeit der Geldpolitik. Eine expansive Geldpolitik wirke auch bei offenen Grenzen stimulierend. Nur entfalte sie diese Wirkung nicht mehr über das Zinsniveau, dies werde bei offenen Grenzen tatsächlich vom internationalen Markt bestimmt, sondern über den Wechselkurs.⁴⁹ Die Ausweitung der Geldmenge löse einen Kapitalabfluss aus, der zu einer Abwertung der nationalen Währung führe. Diese wiederum rege den Export an und verbessere dadurch die Auslastung der nationalen Ökonomie. Von einem kompletten Verlust geldpolitischer Autonomie könne deshalb nicht ohne weiteres gesprochen werden.⁵⁰

In dieser Einschätzung fühlen sich die Globalisierungsskeptiker durch das Mundell-Fleming Modell bestätigt, das makroökonomische Standardmodell der offenen Volkswirtschaft.⁵¹ Nach diesem Modell können von den drei originären Politikzielen geldpolitischer Autonomie, internationaler Kapitalmobilität und Wechselkursstabilität nur jeweils zwei gleichzeitig verwirklicht werden.⁵² Demnach könnten sich nationale Regierungen also durchaus auf internationale Kapitalmobilität einlassen, ohne geldpolitische Autonomie aufgeben zu müssen. Sie müssten nur dafür das Ziel stabiler Wechselkurse opfern. Das eigentliche Problem der französischen Sozialisten sei gewesen, zu diesem Opfer nicht bereit gewesen zu sein. Sie konnten nur eines haben, entweder ihr Keynesianisches Expansionsprogramm oder den Verbleib im Europäischen Währungssystem. Dass sie sich letztlich für das Währungssystem und gegen das Expansionsprogramm entschieden, könne kaum der Globalisierung angelastet werden.⁵³

Was aber bewegte die französische Regierung, an stabilen Wechselkursen festzuhalten? Warum hielt überhaupt eine Regierung an festen Wechselkursen fest, wenn flexible Wechselkurse doch eine die Autonomie schonendere Lösung gewesen wären? Und wenn sie schon von festen Wechselkursen nicht lassen wollte, warum bemühte sie sich dann nicht wenigstens, den Globalisierungsfortschritt zu bremsen? Niemand zwang schließlich die EU-Mitgliedstaaten während der achtziger und neunziger Jahre, ihre Währungsrelationen im Europäischen Währungssystem und später der Währungsunion immer strikter zu fixieren *und gleichzeitig* auch noch alle verbliebenen Kapitalverkehrskontrollen und Handelshemmnisse im Binnenmarkt abzubauen.

In globalisierungstheoretischer Perspektive erscheint diese Parallelentwicklung von immer offeneren Grenzen und immer festeren Wechselkursbindungen paradox. In revisionistischer Perspektive ergibt sie sich dagegen folgerichtig aus der Problemlast, der sich der europäische Wohlfahrtsstaat seit den siebziger Jahren ausgesetzt sah: Inflation, Staatsverschuldung, Wachstumsschwäche und Arbeitslosigkeit.

Schon die Krisentheoretiker der siebziger Jahre waren der Meinung, dass Inflation und exzessive Staatsverschuldung beinahe unausweichliche Folgen einer diskretionären makroökonomischen Steuerungspolitik seien. Diese Deutung wurde im Rahmen der Globalisierungsdebatte wiederbelebt. Das Problem besteht danach darin, dass eine aktive makroökonomische Steuerungspolitik nur erfolgreich sein kann, wenn der Markt nicht mit ihr rechnet. Nur wenn die Wirtschaft eine Geldmengenausweitung nicht in Form höherer Preise und Löhne vorwegnehme, könne diese einen realen Nachfrageschub bewirken. Nur wenn die Unternehmen nicht im Vertrauen auf eine fiskalische Expansion ihre Eigenanstrengungen um Wettbewerbsfähigkeit und Markterfolg schleifen lassen, könne dieser belebend auf Nachfrage und Wachstum wirken. Die Regierung könne solche antizipierten Reaktionen aber kaum verhindern, solange sie den makroökonomischen Steuerungsaktivismus zum politischen Programm erhebe. Sie müsse die Geldmenge dann noch stärker ausweiten und die Staatsausgaben noch weiter erhöhen, um trotzdem noch einen Überraschungseffekt zu erzielen. Die langfristige Folge seien sich gegenseitig aufschaukelnde Erwartungen und chronisch überhöhte Inflations- und Verschuldungsraten.⁵⁴

Nach revisionistischer Auffassung liegt dieses Dilemma auch der wirtschaftspolitischen Kehrtwende Frankreichs zugrunde. Die französische Regierung habe mit ihrem keynesianischen Expansionsprogramm Gewerkschaften und Unternehmen de facto aus ihrer wirtschaftlichen Eigenverantwortung entlassen und sie mithin abhängig von immer höheren Dosen fiskal- und geldpolitischer Interventionen gemacht. Die Entscheidung für den Verbleib im Europäischen Währungssystem sei gefallen, weil die Regierung aus dieser selbst geschaffenen Falle entkommen wollte.

Durch das ostentative Bekenntnis zu festen europäischen Wechselkursen gab sie die geldpolitische Autonomie auf, die Voraussetzung für eine Wachstums- und Beschäftigungspolitik nach keynesianischem Muster war.⁵⁵ Die Gewerkschaften und Unternehmen konnten sich nicht länger auf staatliche Unterstützung verlassen. Aus Paris hieß es nur noch: „Modernisiert Euch oder geht unter!“⁵⁶ Nach dieser Interpretation war der durch das Europäische Währungssystem implizierte und mit der kurz darauf im Rahmen des Binnenmarktprogramms vollzogenen Kapitalverkehrsliberalisierung noch verschärfte wirtschaftspolitische Autonomieverlust also durchaus gewollt. So wie Odysseus sich an den Mast band, um seine Willensschwäche vor den Sirenen zu bändigen, so band sich die französische Regierung an das Europäische Währungssystem, um ihre Willensschwäche in der Geld- und Finanzpolitik zu bekämpfen. Sie gab Entscheidungsfreiheit auf, um Kontrolle zu gewinnen.

Dieses Selbstbindungsmotiv war, wie revisionistische Autoren versichern, keineswegs auf Frankreich beschränkt, sondern konstitutiv für das gesamte Währungssystem.⁵⁷ Auch in Ländern wie Norwegen, Schweden oder Italien hätten die Regierungen die feste Wechselkursbindung gesucht und den Kapitalverkehr liberalisiert, um mangelnde makroökonomische Disziplin im Innern durch von außen importierte geldpolitische Zwänge auszugleichen.⁵⁸ Das Selbstbindungsmotiv erkläre aber auch keineswegs nur die Koexistenz von internationaler Kapitalmobilität und festen Wechselkurssystemen. Auch andere Disziplinierungsmechanismen, wie etwa die Defizit- und Verschuldungskriterien des Maastricht Vertrages seien auf den Wunsch strukturell willensschwacher Regierungen zurückzuführen, sich den eigenen Autonomiespielraum zu beschneiden.⁵⁹

Freilich, nicht jeder Wohlfahrtsstaat ist gleichermaßen „willensschwach“. Deutschland zum Beispiel hatte keine Probleme, seine interne Inflationsdynamik unter Kontrolle zu halten. Den „nominalen Anker“, den die französische Regierung im Europäischen Währungssystem suchte, brauchte die Bundesregierung nicht. Pointierter formuliert: Die deutsche Geldpolitik war der nominale Anker, an den sich die französische Politik binden wollte.

Es ist deshalb unklar, inwieweit das Selbstbindungsargument ihre Teilnahme an der europäischen Währungsintegration plausibel erklären kann. Ein zweites, komplementäres revisionistisches Argument vermeidet diese Schwierigkeit, indem es die positiven makroökonomischen Effekte fester Wechselkurse und offener Grenzen betont.⁶⁰ Beide Maßnahmen förderten Wachstum und Beschäftigung und seien deshalb auch für solche Wohlfahrtsstaaten attraktiv, die nicht unter exzessiver Inflation oder Staatsverschuldung leiden.

Dass die Öffnung der Grenzen für den freien Warenhandel Vorteile für alle beteiligten Länder hat, gehört zu den Allgemeinplätzen der Handelstheorie. Der Handel erlaubt, komparative Vorteile und Massenproduktionsgewinne auszuschöpfen und

steigert dadurch Produktivität und Wachstum. Darüber hinaus kann er auch eine stabilisierende, antizyklische Rolle spielen, indem er hilft, rezessive Tendenzen auf dem Binnenmarkt durch verstärkte Exporte auszugleichen. (Nach Angaben des *Statistischen Bundesamtes* wäre die deutsche Wirtschaft im Jahre 2002 ohne die Exportnachfrage aus dem Ausland um 1,3 Prozent geschrumpft, statt um – immer noch magere – 0,2 Prozent zu wachsen.)

Im Unterschied zu aktiven geld- und finanzpolitischen Maßnahmen belastet der Handel dabei weder die Inflationsrate noch den Staatshaushalt.⁶¹ Für die Kapitalverkehrsliberalisierung werden ähnliche Vorteile in Anspruch genommen. Sie erlaubt, Kapital dort einzusetzen, wo es den höchsten Nutzen erbringt und erhöht dadurch Effizienz und Wachstum. Außerdem erleichtert sie die Finanzierung von Handelsbilanz-Ungleichgewichten und fördert damit die Handelsverflechtung. Exportüberschüsse oder -defizite müssen nicht abgebaut, sondern können durch Ab- oder Zuflüsse von Kapital kompensiert werden.⁶² Der positive Effekt stabiler Wechselkurse schließlich ergibt sich aus ihrer Unterstützungsfunktion für den internationalen Handels- und Kapitalverkehr. Flexible Wechselkurse stören den internationalen Austausch, indem sie Unsicherheit über relative Preise schaffen. Feste Wechselkurse sind deshalb nach dieser Lesart eine Voraussetzung dafür, dass ein hoher Grad wirtschaftlicher Integration erreicht und aufrechterhalten werden kann: Wechselkursstabilität und außenwirtschaftliche Offenheit sind keine unabhängigen Größen, wie im Mundell-Fleming Modell unterstellt, sondern bedingen einander.⁶³

5. Globalisierung und sozialpolitische Umverteilung

Je weniger der Wohlfahrtsstaat in der Lage ist, den Wirtschaftsprozess durch aktive makroökonomische Steuerungs politik *ex ante* in politisch erwünschte Bahnen zu lenken, desto mehr ist seine Fähigkeit gefragt, politisch unerwünschte Marktergebnisse *ex post* durch sozialpolitische Umverteilungsmaßnahmen zu korrigieren. Die Globalisierungstheoretiker fürchten, dass die Globalisierung auch diese Fähigkeit schwächt.

Besondere Gefahr lauert ihrer Einschätzung nach auf der Einnahmenseite. Die Öffnung der Grenzen gebe mobilen Faktoren – *Kapital* – die Möglichkeit, sich Steuern und Abgaben durch Abwanderung ins Ausland zu entziehen. Die Freiheitsgrade nationaler Steuerpolitik würden geringer, weil Regierungen nicht mehr nach Maßgabe eigener Gerechtigkeitsvorstellungen und Finanzierungsbedürfnisse entscheiden könnten, wie hoch sie diese Faktoren belasten wollen, sondern die Steuerpolitik des Auslandes berücksichtigen müssten.⁶⁴ Seien die eigenen Steuersätze höher als

dort, komme es zur Kapitalflucht. Relativ niedrige Sätze dagegen lockten Kapital aus dem Ausland an. Diese Anreizstruktur verleite zu „beggar-thy-neighbor policies“⁶⁵ und verwickle die Regierungen in ein steuerliches „race to the bottom“⁶⁶, welches die effektive Steuerbelastung von Kapital langfristig „gegen Null“ treiben werde.⁶⁷

Für den Wohlfahrtsstaat habe dies zwei weitreichende Folgen. Erstens könne er seine Ausgaben nur noch über die Besteuerung immobiler Faktoren – Arbeit und Konsum – finanzieren. Die Aufrechterhaltung eines gegebenen staatlichen Aktivitätsniveaus werde dadurch erschwert. Damit sinke, zweitens, die Brauchbarkeit der Steuerpolitik als Umverteilungsinstrument. Da „Reiche“ in der Regel einen höheren Anteil ihres Gesamteinkommens in Form von Kapitaleinkünften erzielen als „Arme“, nehme die Progressivität des Steuersystems automatisch ab, wenn Kapitaleinkommen steuerlich geschont würden.⁶⁸ Die Umverteilung müsse sich dann auf Transfers zwischen immobilien Faktoren beschränken, also zwischen hohen und niedrigen Lohneinkommen und zwischen Luxuskonsum und Notwendigkeitsbedarf. Dies bedeute bestenfalls „Sozialismus in einer Klasse“⁶⁹ und schlimmstenfalls die komplette „Erosion des Sozialstaates“.⁷⁰

Die Globalisierungskeptiker halten solche Schwanengesänge für übertrieben. Die Kapitalbesteuerung habe noch nie besonders viel zur Finanzierung des Wohlfahrtsstaates beigetragen. Die Hauptlast sei immer vom Faktor Arbeit getragen worden. Durch abnehmende Kapitalsteuererträge sei die Finanzbasis des Wohlfahrtsstaates deshalb kaum zu erschüttern.⁷¹ Wichtiger noch: Es gebe überhaupt keinen Anhaltspunkt dafür, dass die Einnahmen aus der Unternehmens- und Kapitaleinkommensbesteuerung tatsächlich abnähmen. Die effektive Belastung des Faktors Kapital habe vielmehr in der OECD seit den siebziger Jahren deutlich zugenommen. Die Belastung des Faktors Arbeit habe im selben Zeitraum zwar noch stärker zugelegt. Eine relative Verschiebung der Steuerlast zuungunsten immobiler Faktoren finde also tatsächlich statt.⁷² Von einem „policy race to the neoliberal bottom“⁷³ könne aber angesichts stabil hoher oder sogar leicht steigender Gesamtsteuerquoten keine Rede sein. Ökonometrische Studien zeigten zudem, dass zwischen außenwirtschaftlicher Öffnung und Kapitalbesteuerung nicht, wie befürchtet ein negativer, sondern ein positiver Zusammenhang bestehe: stark in den Weltmarkt integrierte Länder besteuerten Kapital systematisch höher als weniger stark integrierte Länder.⁷⁴ Der Wohlfahrtsstaat verfüge deshalb immer noch über erhebliche steuerpolitische Spielräume. Regierungen, die Kapital stärker besteuern wollten, könnten dies auch im globalen Markt tun, ohne Standortnachteile befürchten zu müssen.⁷⁵

Die Globalisierungstheoretiker gestehen durchaus ein, dass ihre negative Steuerwettbewerbsutopie bisher noch nicht wahr geworden ist, bestreiten aber, dass dafür mangelnder internationaler Wettbewerbsdruck ursächlich sei. Vielmehr sei der

wettbewerbsbedingte Steuersenkungsdruck auf Kapital- und Unternehmenssteuern während der achtziger und neunziger Jahre durch zwei gegenläufige Tendenzen aufgefangen worden, die eine deutliche Verschiebung der Steuerlast auf die immobilen Faktoren und eine Senkung der Steuerquote – bisher – verhindert hätten.⁷⁶ Zum einen seien der kaum zu bremsende *Finanzbedarf* sozialpolitischer Ausgabenprogramme und die zunehmende Defizitaversion der Kapitalmärkte zu nennen. Beides habe die Regierungen genötigt, die Steuerquote stabil zu halten oder sogar zu erhöhen. Zum anderen setzten hohe *Arbeitslosenzahlen* und die Angst vor einer wachsenden Schattenökonomie die Regierungen unter Druck, die Abgabenlast auf Arbeit möglichst gering zu halten, um die Nachfrage nach – legaler – Arbeit nicht unnötig finanzpolitisch zu belasten.

Nach Ansicht der Globalisierungstheoretiker sind die beiden Gegendrucke zum Steuerwettbewerb, die strukturell hohe Arbeitslosigkeit und die chronische Finanznot der öffentlichen Hand, selbst Teil des Globalisierungssyndroms. Die Globalisierung verursache neue wirtschaftliche Risiken und treibe dadurch die Arbeitslosigkeit in die Höhe. Diese wiederum vermehre die Nachfrage nach wohlfahrtsstaatlichen Leistungen – die potenziellen oder tatsächlichen Globalisierungsverlierer wollten staatlich kompensiert werden. Der Wohlfahrtsstaat müsse, *ceteris paribus*, mehr Geld ausgeben.⁷⁷ Zusätzlich verringere sich durch die Arbeitslosigkeit auch die zur Finanzierung dieser Mehrausgaben zur Verfügung stehende Steuer- und Abgabenbasis. Die Zahl der Lohnempfänger und ergo der Lohnsteuerzahler gehe zurück. Der fiskalische Stress nehme zu.

Warum sollte die außenwirtschaftliche Öffnung das Arbeitsplatzrisiko erhöhen? In der globalisierungstheoretischen Literatur werden zwei Begründungen angeboten. Die eine argumentiert mit den „externen Schocks“⁷⁸, die bei offenen Grenzen direkt auf die Volkswirtschaft durchschlagen. Einkommen und Konsum würden von internationalen Preisschwankungen abhängig. Damit steige die wirtschaftliche „Volatilität“.⁷⁹ Das Risiko konjunktureller Arbeitslosigkeit nehme zu.

Die zweite Begründung betont den Rationalisierungsdruck, der vom Globalisierungsprozess ausgeht. Die Niedriglohnkonkurrenz aus den Schwellenländern Osteuropas und der dritten Welt sowie die allgemeine Wettbewerbsverschärfung zwischen den OECD-Staaten zwingt das exportierende bzw. importkonkurrierende Gewerbe, immer produktiver zu werden. Die Unternehmen müssten immer mehr und hochwertigere Güter mit immer geringerem Arbeitseinsatz produzieren, um am Markt bestehen zu können. Die Beschäftigung wandere entweder in die Schwellenländer aus (Ross Perots berühmter „giant sucking sound“) oder werde gleich ganz wegrationalisiert. Selbst in erfolgreichen Exportnationen wie Deutschland gehe deshalb die Beschäftigung im Exportsektor immer weiter zurück. Da der Exportsektor mit dem Industriesektor weitgehend identisch sei, bedeute dies eine

Verlagerung des Beschäftigungsschwerpunkts in den Dienstleistungsbereich und hier insbesondere zu den vor internationalem Wettbewerb weitgehend geschützten standortbezogenen sozialen und persönlichen Dienstleistungen in Bildung, Haushalt, Gesundheit, *food and fun*.⁸⁰ Mit diesem Strukturwandel erhöhe sich das Risiko struktureller Arbeitslosigkeit. Die in der Industrie freigesetzten Arbeitskräfte seien im Dienstleistungsbereich kaum vermittelbar. Aus einem arbeitslosen Werftarbeiter werde nicht ohne weiteres ein Kindergärtner.⁸¹ Außerdem sei auch der Dienstleistungsbereich mit den gestiegenen Renditeanforderungen international orientierter Investoren konfrontiert, was angesichts des geringen Rationalisierungspotenzials gerade sozialer und persönlicher Dienstleistungen die Wachstums- und Beschäftigungschancen in diesem Bereich dämpfe.⁸²

Die Globalisierungsskeptiker lassen keine der beiden Begründungen gelten. Die Globalisierung führe keineswegs zwingend zu mehr Marktvolatilität und konjunktureller Arbeitslosigkeit. Die von der Öffnung der Grenzen bewirkte Intensivierung des internationalen Handels rege zwar die Spezialisierung nationaler Produktionsstrukturen an und könne dadurch tatsächlich die Krisenanfälligkeit der Volkswirtschaft erhöhen. Gleichzeitig erschließe sie der Wirtschaft aber auch neue Absatzmärkte im Ausland und vermindere dadurch die Gefahr plötzlicher Nachfrageschwankungen. Welcher Effekt dominiere, die (Risiko erhöhende) industrielle Konzentration oder die (Risiko senkende) Diversifizierung der Absatzmärkte, sei theoretisch nicht entscheidbar.⁸³

Empirische Studien böten keinen Anhaltspunkt, dass stärker in den Weltmarkt integrierte Länder unter größeren Schwankungen bei Produktionsmengen, Beschäftigungszahlen und Löhnen zu leiden hätten als weniger integrierte Länder.⁸⁴

Dem Deindustrialisierungsargument werfen die Globalisierungsskeptiker vor, es verkenne die wahren Gründe des Strukturwandels. Nicht die Globalisierung sei schuld am Aufstieg des Dienstleistungssektors – der Einfluss des Welthandels auf die Arbeitsmärkte der Industrieländer werde allgemein überschätzt.⁸⁵ Schuld seien vielmehr binnenwirtschaftliche Faktoren, vor allem die sich ändernden Konsumpräferenzen in der OECD-Welt und die allmähliche Sättigung des Marktes für Industrieprodukte.⁸⁶ Das Problem für den Wohlfahrtsstaat bestehe nicht allein darin, dass die in der Industrie freigesetzten Arbeitskräfte nur schwer in den Dienstleistungsbereich zu vermitteln seien. Langfristig folgenreicher sei das geringe Potenzial vieler Dienstleister für Produktivitätssteigerungen. Ein Friseur könne die Zahl der Köpfe, die er pro Stunde frisierere, nicht beliebig steigern, und Ähnliches gelte für Krankenschwestern, Unternehmensberater und andere Dienstleister. Geringere Produktivitätsgewinne bedeuteten auf lange Sicht aber geringere Wachstumsraten, höhere Arbeitslosigkeit (wie in Kontinentaleuropa) und / oder sinkende Reallöhne bei zunehmender Lohnspreizung (wie in den Vereinigten Staaten oder Großbritan-

nien). Das Arbeitseinkommen, aus dessen Besteuerung sich der Wohlfahrtsstaat in erster Linie finanziert, wachse langsamer als früher, die Sozialausgaben für Arbeitslose, Frührentner und *working poor* dagegen schneller. Kurz: nicht die Globalisierung ist Schuld an der chronischen Finanzmisere und der hohen Sockelarbeitslosigkeit, sondern der säkulare Rückgang der Wachstumsraten.⁸⁷

Auch revisionistische Autoren bezweifeln nicht, dass der wirtschaftliche Strukturwandel die Probleme des Wohlfahrtsstaates verschärft. Sie glauben aber, dass diese Probleme zuallererst selbst verschuldet sind. Der Wohlfahrtsstaat selbst hemme das Wirtschaftswachstum, weil er dem Markt über hohe Steuern und Abgaben Mittel entziehe, die dieser produktiver nutzen könne, und weil er „die marktwirtschaftlich systemnotwendigen Umbrüche ‚schöpferischer Zerstörung‘“ durch sozialpolitische Regulierungen blockiere.⁸⁸ Er verursache Arbeitslosigkeit, weil er durch Lohnersatzleistungen – Arbeitslosenunterstützung, Frühverrentung, etc. – den Anreiz zur Arbeitsaufnahme reduziere,⁸⁹ und gleichzeitig durch Steuern und Abgaben den Produktionsfaktor Arbeit so teuer mache, dass die Unternehmen ihre Nachfrage nach Arbeit drosseln müssten. Insbesondere die kontinentaleuropäischen Wohlfahrtsstaaten, die ihre Sozialleistungen größtenteils über beschäftigungsgebundene Abgaben finanzierten, drohten in einen Teufelskreis von hohen Abgaben, hoher Arbeitslosigkeit, daraus resultierenden hohen Sozialausgaben und noch höheren Abgaben zu geraten, kurz: „welfare without work“.⁹⁰ Schließlich schaffe der Wohlfahrtsstaat neue Lebenslagen, deren Versorgung ihn teuer zu stehen käme. Dank seiner Fürsorge würden die Menschen immer älter und die Ansprüche an die Renten- und Gesundheitskassen immer größer.⁹¹ Der Anreiz, Kinder in die Welt zu setzen, die diese Kassen in Zukunft füllen könnten, nehme dagegen ab.

Hilft die Globalisierung diese Probleme zu lösen? Einige Beobachter verneinen dies. Je stärker Regierungen versuchten, Veränderungen sozialpolitischer Strukturen mit dem Hinweis auf die Zwänge der globalen Standortkonkurrenz zu begründen, desto mehr liefen sie Gefahr, den Widerstand der tatsächlichen, potenziellen oder vermeintlichen Verlierer zu mobilisieren. Die „Status quo-Orientierung der Sozialpolitik“ habe deshalb im Zuge der Globalisierung „eher zu- als abgenommen“.⁹²

Die meisten revisionistischen Autoren sehen das jedoch anders. Sie glauben, dass die Globalisierung dem Wohlfahrtsstaat hilft, die Reformen durchzuführen, die er im Interesse der eigenen Überlebensfähigkeit durchführen muss. Vor allem erhöhe sie den (perzipierten) Problemdruck und reduziere dadurch den Widerstand gegen mögliche Problemlösungen. Auch die Parteigänger und Interessenvertreter des Wohlfahrtsstaates hätten angesichts der – eingebildeten oder tatsächlichen – Gefahren des globalen Wettbewerbs den Eindruck gewonnen, dass es so wie bisher mit dem Wohlfahrtsstaat nicht weitergehen könne. Sie seien zwar keineswegs allesamt zur „liberalen Orthodoxie“ konvertiert.⁹³ Die programmatische Neuorien-

tierung der europäischen Linken und die Wiederbelebung korporatistischer Konzentrierung im Gewand „sozialer Pakte“ seien jedoch bemerkenswert.⁹⁴

Die „neue“ Sozialdemokratie der neunziger Jahre – New Labour, Neue Mitte, wie auch immer – sei unter dem Eindruck der Globalisierung zu dem Schluss gekommen, dass der Wohlfahrtsstaat umgebaut werden müsse, um erhalten werden zu können. Er dürfe nicht mehr darauf setzen, soziale Gerechtigkeit gegen den Markt zu erreichen, sondern müsse versuchen, sie mit und durch den Markt zu verwirklichen. Statt Marktverlierer ex post zu kompensieren, solle er darauf setzen, möglichst vielen Menschen ex ante eine Chance auf Markterfolg zu geben – und dafür zu sorgen, dass sie diese auch nutzen: Hilfe zur Kommodifizierung statt Schutz durch Dekommodifizierung, Aktivierung statt passiver Versorgung.⁹⁵ Gewerkschaften und Arbeitgeber seien vielerorts im Rahmen sozialer Pakte bereit gewesen, dieses Reformprojekt zu unterstützen: Die Arbeitnehmer, weil sie sahen, dass der Wohlfahrtsstaat wettbewerbsfähiger werden musste, um überhaupt überleben zu können; die Unternehmer, weil auch sie kein Interesse an einem vollkommenen sozialpolitischen Kahlschlag hatten. Denn für manche Produktionsprozesse böten die hoch besteuerten und hoch regulierenden Wohlfahrtsstaaten West- und Nordeuropas sehr viel günstigere Bedingungen als die liberaleren Wohlfahrtsstaaten der angelsächsischen Länder: Besser ausgebildete Arbeitnehmer, höhere Qualitätsstandards und langfristige Planungshorizonte.⁹⁶

Ein zweites Argument dafür, dass die Globalisierung die Wohlfahrtsstaatsreform erleichtert, betont deren abmildernde Wirkung auf innenpolitische Verteilungskonflikte.⁹⁷ Diese Abmilderung sei eine Folge der durch die Globalisierung vorangetriebenen internationalen Arbeitsteilung. Sie befreie die Länder vom Zwang, wirtschaftlich autark sein zu müssen. Sie könnten sich auf die Sektoren spezialisieren, die ihrer spezifischen Ausstattung mit Ressourcen und Institutionen besonders entgegenkommen. Die Heterogenität zwischen den Staaten würde dadurch gestärkt. Die Staaten würden einander unähnlicher statt, wie die Konvergenzvermutung der Globalisierungstheorie unterstellt, ähnlicher. Intern würden die Staaten jedoch homogener. Die „Externalisierung von Heterogenität“⁹⁸ führe zur Konvergenz der wirtschaftlichen Interessen im Inneren. Ein Konsens darüber, welche Reformen die Volkswirtschaft am wirksamsten fördern, werde leichter erreichbar. Die Notwendigkeit, Leitsektoren durch re-distributive Abgaben zu belasten, werde geringer. Mit dem Rückgang der sektoralen Vielfalt gehe auch die soziale Ungleichheit zurück. Soziale Lagen näherten sich einander automatisch an.

Die Spezialisierungsstrategie habe aber natürlich ihre Grenzen. Große Länder könnten nie denselben Spezialisierungsgrad erreichen wie kleine Länder. Die Heterogenität der Interessen sei deshalb größer und die Wahrscheinlichkeit, einen allseitig akzeptablen Reformkompromiss zu finden, geringer. Nicht zuletzt deshalb seien

die kleinen europäischen Wohlfahrtsstaaten während der neunziger Jahre politisch wie ökonomisch so viel erfolgreicher gewesen als die großen. Nicht zuletzt deshalb auch gehörten sie in der Europäischen Union zu den entschiedensten Gegnern supranationaler Lösungen.⁹⁹

6. Ergebnisse und blinde Flecken

Unser Literaturüberblick zeigt, dass das Verhältnis zwischen Globalisierung und modernem Wohlfahrtsstaat in der politikwissenschaftlichen Debatte sehr unterschiedlich eingeschätzt worden ist. Die Globalisierungstheoretiker befürchten, dass die Globalisierung den Spielraum nationaler Regierungen für makroökonomische Steuerung und sozialstaatliche Umverteilung einschnürt: Sie zwingt die Staaten zu einem internationalen Standortwettbewerb, der deren Fähigkeit, den Wettbewerb im nationalen Rahmen politisch zu zähmen, untergraben müsse. Mehr Globalisierung bedeutet nach dieser Lesart tatsächlich weniger Wohlfahrtsstaat. Auch für die Revisionisten stellt die Globalisierung eine reale Einschränkung dar – die sie freilich ganz anders bewerten. Die Globalisierung biete nationalen Regierungen eine Möglichkeit der „Selbstbindung“, um der wirtschafts- und sozialpolitischen Willensschwäche nationaler Wohlfahrtsdemokratien entgegenzuwirken, die den Wohlfahrtsstaat von innen her bedrohe. Mehr Globalisierung bedeutet deshalb keineswegs weniger Wohlfahrtsstaat, sondern kann im Gegenteil helfen, ihn zu erhalten. Die Skeptiker schließlich bestreiten, dass die Globalisierung wohlfahrtsstaatliche Handlungsmöglichkeiten beschneide. Ihnen zufolge sind das internationale Zusammenwachsen der Märkte und die nationale Sozialpolitik weitgehend unverbundene Sphären, zwischen denen allenfalls unbedeutende kausale Wechselwirkungen bestehen.

Wer hat nun Recht? Mit dem zeitlichen Abstand von bald zehn Jahren wird man wohl feststellen müssen, dass die skeptische Position Unrecht hatte. Die Globalisierung der Wirtschaft beschränkt die Möglichkeiten nationaler Wirtschafts- und Sozialpolitik weit stärker, als die Befürworter dieser Position auf der Basis von Zeitreihendaten, die oft nur bis in die frühen neunziger Jahre reichten, behauptet haben. Ob diese Beschränkungen nun eher negativer Art sind, wie die Globalisierungstheoretiker behaupten oder eher positiv, wie die Revisionisten meinen, scheint weniger eine empirische Frage als ein Problem der politischen Interpretation.

Interessanter als Punkte zwischen den verschiedenen Globalisierungsschulen zu verteilen scheint uns jedoch, auf zwei blinde Flecken aufmerksam zu machen, die ihnen gemeinsam sind. Auffällig ist nämlich einerseits die durchgängige Fixierung auf die Probleme der OECD-Welt. Alle drei Schulen interessieren sich fast

ausschließlich für die Folgen der Globalisierung für entwickelte OECD-Staaten und ignorieren die Folgen für die Nicht-OECD-Staaten. Sie übersehen deshalb, dass die wahrscheinlich folgenreichste Entwicklung der letzten zehn Jahre nicht im drohenden Abstieg der etablierten Wohlfahrtsdemokratien des Westens bestand, sondern im Aufstieg einer großen Zahl von Transformationsökonomien in Asien, Osteuropa und anderswo: große Länder wie China, Indien, Russland oder Brasilien, aber auch kleine Länder wie Dubai, Singapur, Estland, die Slowakei oder Abu Dhabi.

Auffällig ist andererseits die fast ausschließliche Fixierung der Debatte auf das Problem der Deflation. Der Streit zwischen den drei Globalisierungsschulen ging wesentlich darum, ob und in welchem Maße die Globalisierung in den westlichen Ländern die Preise drückt – direkt, durch die Öffnung für Billigimporte aus China und Osteuropa und indirekt durch die erzwungene Lohnzurückhaltung westlicher Gewerkschaften angesichts drohender Standortverlagerungen in Billiglöhnländer. In den letzten Jahren hat sich jedoch gezeigt, dass die Globalisierung auch und vielleicht sogar in erster Linie eine Quelle der Inflation bildet. Auch Billiganbieter brauchen schließlich knappe Rohstoffe und Maschinen, um produzieren zu können. Vor allem müssen sie aber ihren Belegschaften immer höhere Löhne zahlen, je erfolgreicher sie wirtschaftlich sind. Sie können, mit anderen Worten, nicht ewig Billiganbieter bleiben. Ihr Kostenvorteil gegenüber Produzenten in entwickelten Industrieländern schmilzt dahin, während gleichzeitig ihr Massenkonsum wächst. Auch chinesische Arbeiter wollen Autos fahren, in klimatisierten Wohnungen wohnen und gut essen. Dadurch haben sie zur jüngst zu beobachtenden Explosion der Erdöl- und Nahrungsmittelpreise wesentlich beigetragen und damit die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse in den entwickelten Wohlfahrtsstaaten Nordamerikas und Westeuropas möglicherweise nachhaltiger beeinflusst als durch ihre Niedriglohnkonkurrenz.

Anmerkungen

- 1 Helmut Wilke, *Ironie des Staates*, Frankfurt am Main 1992, 362.
- 2 Fritz W. Scharpf, *Föderalismus im globalen Kapitalismus*. Ein Nachwort, in Fritz W. Scharpf, Hg., *Optionen des Föderalismus in Deutschland und Europa*, Frankfurt am Main/New York 1994, 156–166, 161.
- 3 Geoffrey Garrett, *Partisan Politics in the Global Economy*, Cambridge 1998, 2.
- 4 Niklas Luhmann, *Politik und Wirtschaft*, in: *Merkur* 49 (1995), H. 7, 573–582, 580.
- 5 Martin Rhodes, *Globalization, Welfare States, and Employment*. Is there a European „Third Way“?, in: Nancy Bermeo, Hg., *Unemployment in the New Europe*, Cambridge 2001, 87–118, 102.
- 6 Tito Boeri/Axel Börsch-Supan/Guido Tabellini, *Would You Like to Shrink the Welfare State? A Survey of European Citizens*, in: *Economic Policy* 16 (2001), H. 32, 7–50.

- 7 Philip G. Cerny, Globalization and the Residual State. The challenge of viable constitutionalism, in: Abdo I. Baaklini/Helen Desfosses, Hg., *Designs for Democratic Stability. Studies in Viable Constitutionalism*, Armonk 1997, 285–329.
- 8 Claus Koch, *Die Gier des Marktes. Die Ohnmacht des Staates im Kampf der Weltwirtschaft*, München, 1995.
- 9 Scharpf, *Föderalismus*, wie Anm. 2, 157–158.
- 10 Michael Zürn, *Regieren jenseits des Nationalstaates*, Frankfurt am Main 1998, 62.
- 11 Claus Offe, *Strukturprobleme des kapitalistischen Staates*, Frankfurt am Main 1972.
- 12 Jürgen Habermas, *Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus*, Frankfurt am Main 1973, 50–130.
- 13 Wilhelm Hennis, *Zur Begründung der Fragestellung*, in: Wilhelm Hennis/Peter Graf Kielmannsegg/Ulrich Matz, Hg., *Regierbarkeit. Studien zu ihrer Problematisierung*, Band 1, Stuttgart 1977, 9–21, 9.
- 14 Christian Watrin, *Zur Überlastung des Staates mit wirtschaftspolitischen Aufgaben*, in: Wilhelm Hennis/Peter Graf Kielmannsegg/Ulrich Matz, Hg., *Regierbarkeit. Studien zu ihrer Problematisierung*. Band II, Stuttgart 1977, 233–253.
- 15 Claus Offe, „Unregierbarkeit“. *Zur Renaissance konservativer Krisentheorien*, in: Jürgen Habermas, Hg., *Stichworte zur „Geistigen Situation der Zeit“*. 1. Band: *Nation und Republik*, Frankfurt am Main 1979, 294–319, 296.
- 16 Ebd., 306.
- 17 Max Kaase/Kenneth Newton, *Beliefs in Government*, Oxford 1995, 72.
- 18 Fritz W. Scharpf, *Grenzen der institutionellen Reform*, in: Thomas Ellwein/Joachim Jens Hesse/Renate Mayntz/Fritz W. Scharpf, Hg., *Jahrbuch zur Staats- und Verwaltungswissenschaft*, Band 1, Baden-Baden 1987b, 111–151, 111.
- 19 Kaase/Newton, *Beliefs*, wie in Anm. 17, 69.
- 20 Scharpf, *Föderalismus*, wie in Anm. 2, 161.
- 21 Wolfgang Streeck, *Gewerkschaften zwischen Nationalstaat und Europäischer Union*, Köln 1996, 10.
- 22 Wolf-Dieter Narr/Alexander Schuber, *Weltökonomie. Die Misere der Politik*, Frankfurt am Main 1994, 152.
- 23 Garrett, *Partisan Politics*, wie Anm. 3, 4.
- 24 Paul Pierson, *Irresistible Forces, Immovable Objects: Post-industrial Welfare States Confront Permanent Austerity*, in *Journal of European Public Policy* 5 (1998), H. 4, 539–560.
- 25 Elmar Rieger/Stephan Leibfried, *Grundlagen der Globalisierung. Perspektiven des Wohlfahrtsstaates*, Frankfurt am Main 2001, 46.
- 26 Thomas Bernauer, *Staaten im Weltmarkt. Zur Handlungsfähigkeit von Staaten trotz wirtschaftlicher Globalisierung*, Opladen 2000, 28.
- 27 David Held/Anthony McGrew/David Goldblatt/Jonathan Perraton, *Global Transformations: Politics, Economics and Cultures*, Cambridge 1999; Jürgen Neyer, *Spiel ohne Grenzen. Weltwirtschaftliche Strukturveränderungen und das Ende des sozial kompetenten Staates*, Marburg 1996.
- 28 Paul Hirst/Grahame Thompson, *Globalization in Question*, Cambridge 1999.
- 29 Robert Wade, *Globalization and its Limits: Reports on the Death of the National Economy are Greatly Exaggerated*, in: Suzanne Berger/Ronald Dore, Hg., *National Diversity and Global Capitalism*, Ithaca, NY 1996, 61.
- 30 Geoffrey Garrett, *Shrinking States? Globalization and National Autonomy in the OECD*, in: *Oxford Development Studies* 26 (1998c), H. 1, 71–97, 78.
- 31 Das ist der Kern der so genannten Feldstein-Horioka These, die aus der Beobachtung, dass das nationale Investitionsvolumen stark mit dem nationalen Sparvolumen korreliert, die Schlussfolgerung zieht, der internationale Kapitalmarkt sei nur unvollkommen integriert. Martin Feldstein/Charles Horioka, *Domestic Savings and International Capital Mobility*, in: *Economic Journal* 90 (1980), 314–329.
- 32 Hirst/Thompson, *Globalization*, wie Anm. 28, 2.
- 33 Dani Rodrik, *Grenzen der Globalisierung. Ökonomische Integration und soziale Desintegration*, Frankfurt am Main 2000, 14.
- 34 Harold James, *The End of Globalization: Lessons from the Great Depression*, Cambridge/MA 2001, 12.
- 35 Franz-Xaver Kaufmann, *Diskurse über Staatsaufgaben*, in: Dieter Grimm, Hg., *Staatsaufgaben*, Frankfurt am Main 1996, 15–41, 23; Zürn, *Regieren*, wie Anm. 10, 49.

- 36 John Maynard Keynes, *The End of Laissez-Faire*, in: ders.: *The collected writings of John Maynard Keynes*, Volume IX: *Essays in Persuasion*, London 1972, 272–294.
- 37 Sreeck, *Gewerkschaften*, wie Anm. 21, 6.
- 38 Giandomenico Majone, *From the Positive to the Regulatory State: Causes and Consequences of Changes in the Mode of Governance*, in: *Journal of Public Policy* 17 (1997), H. 2, 139–167, 141; Zürn, *Regieren*, wie Anm. 10, 50–53.
- 39 Rieger/Leibfried, *Grundlagen*, wie Anm. 25, 30–31.
- 40 Fritz W. Scharpf, *Sozialdemokratische Krisenpolitik in Europa*, Frankfurt am Main 1987, 302.
- 41 Michael C. Webb, *International Economic Structures, Government Interests, and International Coordination of Macroeconomic Adjustment Policies*, in: *International Organization* 45 (1991), H. 3, 309–342, 318.
- 42 Jonathan Moses, *Abdication from National Policy Autonomy: What's Left to Leave?*, in: *Politics and Society* 22 (1994), H. 2, 125–148, 137.
- 43 Scharpf, *Krisenpolitik*, wie Anm. 40, 303; Beth A. Simmons, *The Internationalization of Capital*, in: Herbert Kitschelt/Peter Lange/Gary Marks/John D. Stephens, Hg., *Continuity and Change in Contemporary Capitalism*, Cambridge/New York/New York 1999, 36–69, 64.
- 44 Moses, *National Policy*, wie Anm. 42, 139.
- 45 David M. Andrews, *Capital Mobility and State Autonomy: Toward a Structural Theory of International Monetary Relations*, in: *International Studies Quarterly* 38 (1994), 193–218, 199; Jeffrey A. Frieden, *Invested Interests: The Politics of National Economic Policies in a World of Global Finance*, in: *International Organization* 45 (1991), H. 4, 425–451, 427; John B. Goodman/Louis W. Pauly, *The Obsolescence of Capital Controls? Economic Management in an Age of Global Markets*, in: *World Politics* 46 (1993), H. 1, 50–82, 74, Scharpf, *Sozialdemokratische Krisenpolitik*, wie Anm. 40, 302.
- 46 Paul Masson/Michael Mussa, *Long-term Tendencies in Budget Deficits and Debts*, Washington D.C 1995.
- 47 Giancarlo Corsetti/Nouriel Roubini, *Political Biases in Fiscal Policy. Reconsidering the Case for the Masstricht Fiscal Criteria*, in: Barry Eichengreen/Jeffrey Frieden/Jürgen von Hagen, Hg., *Monetary and Fiscal Policy in an Integrated Europe*, New York 1995, 118–137, 130.
- 48 Garrett, *Partisan Politics*, wie Anm. 3, 43.
- 49 Thomas Oatley, *How Constraining Is Capital Mobility? The Partisan Hypothesis in an Open Economy*, in: *American Journal of Political Science* 43 (1999), H.4, 1003–1027.
- 50 Garrett, *Partisan Politics*, wie Anm. 3, 41.
- 51 Oatley, *Capital Mobility*, wie Anm. 49, 1007.
- 52 Robert A. Mundell, *International Economics*, New York, NY 1968, Kap. 18.
- 53 Jonah D. Levy, *France: Directing Adjustment?*, in: Fritz W. Scharpf/Vivien A. Schmidt, Hg., *Welfare and Work in the Open Economy*, Vol. II: *Diverse Responses to Common Challenges*, Oxford 2000, 308–350, 324.
- 54 Francesco Giavazzi/Marco Pagano, *The Advantage of Tying One's Hands. EMS Discipline and Central Bank Credibility*, in: *European Economic Review* 32 (1988), 1055–1082, 1056.1057; Ton Notermans, *The Abdication from National Policy Autonomy: Why the Macroeconomic Policy Regime Has Become So Unfavorable to Labor*, in: *Politics and Society* 21 (1993), 133–167, 136; Claus Offe, *Competitive Party Democracy and the Keynesian Welfare State: Factors of Stability and Disorganization*, in: Thomas Ferguson/Joel Rogers, Hg., *The Political Economy. Readings in the Politics and Economics of American Public Policy*, Armonk 1984, 349–367, 364.
- 55 Levy, *Directing*, wie Anm. 53, 323–324.
- 56 Andrew Moravcsik, *The Choice for Europe: Social purpose and State Power from Messina to Maastricht*, New York 1998, 340.
- 57 William Bernhard/David Leblang, *Political Parties and Monetary Commitments*, in: *International Organization* 56 (2002), H. 4: 803–830; Patrick Ziltener, *Strukturwandel der europäischen Integration. Die Europäische Union und die Veränderung von Staatlichkeit*, Münster 1999, 134.
- 58 Kenneth Dyson/Kevin Featherstone, *The Road to Maastricht. Negotiating Economic and Monetary Union*, Oxford 1999, Kapitel 10; Maurizio Ferrera/Elisabetta Gualmini, *Rescue from Without?*, in: Fritz W. Scharpf/Vivien A. Schmidt, Hg., *Welfare and Work in the Open Economy. Diverse Responses to Common Challenges*, vol. II, Oxford 2000, 351–398; Notermans, *Policy Autonomy*, wie Anm. 54.

- 59 Anton Hemerijck/Rien Huiskamp/Rob de Boer, Public Sector Reform under EMU. A Literature Review, Luxembourg 2002, 19.
- 60 Jeffrey A. Frieden, Real Sources of European Currency Policy: Sectoral Interests and European Monetary Integration, in: *International Organization* 56 (2002), H. 4, 831–860.
- 61 Nicholas Kaldor, Conflicts in National Economic Objectives, in: *Economic Journal* 81 (1971), H. 321, 1–16.
- 62 Timothy McKeown, The Global Economy, Post-Fordism and Trade Policy in Advanced Capitalist States, in: Herbert Kitschelt/Peter Lange/Gary Marks/John D. Stephens, Hg., *Continuity and Change in Contemporary Capitalism*, Cambridge/New York 1999, 11–35, 17.
- 63 Frieden, Sources, wie in Anm. 60, 839; Webb, Economic Structures, wie Anm. 41, 318–319.
- 64 Hans-Werner Sinn, Implikationen der vier Grundfreiheiten für eine nationale Fiskalpolitik, in: *Wirtschaftsdienst* 75(1995), H. 5, 240–249.
- 65 Vito Tanzi/A. Lans Bovenberg, Is There a Need for Harmonizing Capital Income Taxes within EC Countries?, in: H. Siebert, Hg., *Reforming Capital Income Taxation*, Tübingen 1990, 171–197, 187.
- 66 Fritz W. Scharpf, Introduction: The Problem-Solving Capacity of Multi-Level Governance, in: *Journal of European Public Policy* 4 (1997), H. 4, 520–538, 531.
- 67 Bruno S. Frey, Intergovernmental Tax Competition, in: Klaus Vogel, Hg., *Influence of Tax Differentials on International Competitiveness*, Deventer 1990, 89–98, 89.
- 68 Sven Steinmo, The End of Redistribution? International Pressures and Domestic Tax Policy Choices, in: *Challenge* 37 (1994), H. 6, 9–17.
- 69 Scharpf, Krisenpolitik, wie in Anm. 40, 329.
- 70 Hans-Werner Sinn, Wieviel Brüssel braucht Europa? Subsidiarität, Zentralisierung und Fiskalwettbewerb im Lichte der ökonomischen Theorie, in: *Staatswissenschaften und Staatspraxis* 5 (1994), 155–186, 172.
- 71 Rhodes, Globalization, wie Anm. 5, 96.
- 72 Geoffrey Garrett/Deborah Mitchell, Globalization, Government Spending and Taxation in the OECD, in: *European Journal of Political Research* 39 (2001), H. 2, 145–177, 159.
- 73 Geoffrey Garrett, Global Markets and National Politics: Collision Course or Virtuous Circle?, in: *International Organization* 52 (1998a), H.4, 787–824, 823.
- 74 Geoffrey Garrett, Capital Mobility, Trade, and the Domestic Politics of Economic Policy, in: *International Organization* 49 (1995), H. 4, 657–687; Dennis Quinn, The Correlates of Change in International Financial Regulation, in: *American Political Sciences Review* 91 (1997), H. 3, 531–551; Duane Swank, *Global Capital, Political Institutions, and Policy Change in Developed Welfare States*, Cambridge 2002, 255.
- 75 Garrett, Global Markets, wie Anm. 73, 823.
- 76 Steffen Ganghof, Adjusting National Tax Policy to Economic Internationalisation: Strategies and Outcomes, in: Fritz W. Scharpf/Vivien A. Schmidt, Hg., *Welfare and Work in the Open Economy*. Vol. II: Diverse responses to Common Challenges, Oxford 2000, 497–645, 638; Philipp Genschel, Globalization, tax competition and the welfare state, in: *Politics & Society* 30 (2002), H. 2, 244–74, 246; Duane Swank/Sven Steinmo, The New Political Economy of Taxation in Advances Capitalist Democracies, in: *American Journal of Political Sciences* 46 (2002), H. 3, 642–655, 646.
- 77 Elmar Rieger/Stephan Leibfried, Die sozialpolitischen Grenzen der Globalisierung, in: *Politische Vierteljahresschrift* 38 (1997), 771–796; Dani Rodrik, Why do More Open Economies have Bigger Governments?, in: *Journal of Political Economy* 106 (1998), H. 5, 997–1032; John G. Ruggie, International Regimes, Transactions, and Change: Embedded Liberalism in the Postwar Economic Order, in: *International Organization* 36 (1982), 379–415.
- 78 Rieger/Leibfried, sozialpolitische Grenzen, wie Anm. 77, 788.
- 79 Rodrik, Economies, wie Anm. 77, 998.
- 80 Fritz W. Scharpf, Economic Changes, Vulnerabilities, and Institutional Capabilities, in: Fritz W. Scharpf/Vivien A. Schmidt, Hg., *Welfare and Work in the Open Economy*, vol. I: From Vulnerability to Competitiveness, Oxford 2000, 21–124, 72.
- 81 Philip Manow, Sozialstaatliche Kompensation außenwirtschaftlicher Öffnung?, in: Andreas Busch/Thomas Plümper, Hg., *Nationaler Staat und internationale Wirtschaft. Anmerkungen zum Thema Globalisierung*, Baden-Baden 1999, 197–222, 208.
- 82 Scharpf, Economic Changes, wie Anm. 80, 73.

- 83 Manow, Sozialstaatliche Kompensation, wie Anm. 81, 206.
- 84 Torben Iversen/Thomas R. Cusack, The Causes of Welfare State Expansion. Deindustrialization or Globalization?, in: *World Politics* 52 (2000), H. 2, 313–349, 319.
- 85 Iversen/Cusack, Causes, wie Anm. 84; Thomas Plümper, Der Einfluss der Schwellenländerexporte auf die Arbeitsmärkte der Industriestaaten, in: Andreas Busch/Thomas Plümper, Hg., *Nationaler Staat und internationale Wirtschaft. Anmerkungen zum Thema Globalisierung*, Baden-Baden 1999, 123–142.
- 86 Iversen/Cusack, Causes, wie Anm. 84; Torben Iversen/Anne Wren, Equality, Employment and Budgetary Restraint: The Trilemma of the Service Economy, in: *World Politics* 50 (1998), H. 4, 507–546.
- 87 McKeown, Global Economy, wie Anm. 62, 33; Pierson, Forces, wie Anm. 24, 544.
- 88 Rieger/Leibfried, sozialpolitischen Grenzen, wie Anm. 76, 790.
- 89 Rieger/Leibfried, Grundlagen, wie Anm. 25, 251.
- 90 Gosta Esping-Andersen, *Welfare States without Work. The Impasse of Labor Shedding Familialism*, in: *Continental European Social Policy*, Madrid 1995.
- 91 Pierson, Forces, wie Anm. 24, 546.
- 92 Rieger/Leibfried, sozialpolitischen Grenzen, wie Anm. 77, 790–791.
- 93 Peter A. Hall, Organized Market Economies and Unemployment in Europe: Is it Finally Time to Accept Liberal Orthodoxy?, in: Nancy Barneo, Hg., *Unemployment in the New Europe*, Cambridge 2001, 52–86.
- 94 Anke Hassel, *Bündnisse für Arbeit: Nationale Handlungsfähigkeit im europäischen Regimewettbewerb*, Köln, 199; Anton Hemerijck, The Self-Transformation of the European Social Model(s), in: *International Politics and Society* 4 (2002); Rhodes, *Globalization*, wie Anm. 5.
- 95 Wolfgang Streeck, *Competitive Solidarity: Rethinking the „European Social Model“*, Köln 1999, 6.
- 96 Hall, *Economies*, wie Anm. 93, 71.
- 97 Streeck, *Solidarity*, wie Anm. 95, 8–10.
- 98 Ebd., 7.
- 99 Ebd., 8–10.